

## Positionspapier der Hartwig-Hesse-Stiftung

### **>> Position 1: Altenpflegeausbildung soll solidarisch von der Versicherungsgemeinschaft und nicht ausschließlich von den Pflegebedürftigen getragen werden.**

Im Rahmen der generalistischen Ausbildung werden unterschiedliche Fachbereiche von Ausbildungsberufen zusammengeführt. Die Finanzierung hingegen wird nicht generalisiert. Während die Ausbildung im Krankenhaus vollumfänglich von der Versicherungsgemeinschaft getragen wird (ca. 77 Mio. Menschen) zahlen die Pflegeausbildung lediglich die Pflegebedürftigen (ca. 3,5 Millionen Menschen).

### **Position 2: Soziale Berufe, allen voran die Altenpflege, müssen an Attraktivität gewinnen und im Zentrum der Gesellschaft verankert werden.**

Soziale Pflichtpraktika von mindestens 3 Monaten sollten eingeführt und über Steuermittel refinanziert werden.

### **Position 3: Erhöhung des Personalschlüssels.**

Um dem Pflegeberuf den zeitlichen Druck zu nehmen, braucht es erhöhte Personalschlüssel, und das nicht nur in stationären Pflegeeinrichtungen, sondern auch in Ambulanten Pflegediensten. Besonders zur Schaffung von Vollzeitarbeitsplätzen muss der Druck von den Versorgungsspitzen genommen werden, damit die Qualität der Arbeit sowohl für Personal als auch für Pflegebedürftige gewährleistet wird.

### **Position 4: Finanzielle Umlegung behandlungspflegerischer Leistungen auf die Krankenkassen.**

Behandlungspflegerische Leistungen müssen zukünftig in stationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen von der Krankenkasse finanziert werden. Die zusätzlichen Mittel können gleichermaßen zur verbesserten Personalausstattung und zur Senkung des Eigenanteils herangezogen werden.

### **Position 5: Lohnsteigerung nicht auf Kosten von Pflegebedürftigen.**

Lohnsteigerungen dürfen nicht zu Lasten der Pflegebedürftigen fallen, da Pflege für den Pflegebedürftigen in einem Sozialstaat wie Deutschland erschwinglich sein muss. Kurzfristig sollten daher jährlich die Pflegekassenleistungen dynamisch, mindestens entsprechend der Lohnerhöhungen, steigen.

### **Position 6: Pflegebedürftigkeit darf nicht zum Sozialfall führen.**

Pflegebedürftige sollten zukünftig einen fixen Zuzahlungsanteil (Selbstbeitrag) leisten. Die Zahlungen der Pflegeversicherung sollten demnach variieren und die Pflegeversicherung generell strukturell angepasst werden.

### **Position 7: Bauen und wohnen muss günstiger werden.**

Ein Randthema für die Pflegebranche mit großen Auswirkungen. Aber um Pflegeplätze und Wohnen in Servicewohnanlagen zu realisieren, müssen Wohn- und Baupreise kritisch hinterfragt werden. Auch um Vereinsamung zu vermeiden, ist es wichtig, dass ältere Menschen bei veränderten Wohnbedürfnissen nicht zwangsläufig aus ihrer bekannten Umgebung gerissen werden müssen. Öffentliche Förderungen müssen stärker in Betracht gezogen werden und Bauvorgaben auf deren (Aus-)Wirkung hin überprüft werden.

### **Position 8: Grundstücksvergaben ausschließlich über gesellschaftsrelevante Konzeptideen und nicht über die Kaufkraft steuern.**

Im Rahmen von kommunalen Planungen sollten konzeptionelle Vorgaben für Bebauung klar definiert werden und deren Einhaltung stärker berücksichtigt werden als der Kaufpreis. So können Wohnmodelle entwickelt werden, welche ansonsten im Rahmen des freien Marktes keine Berücksichtigung finden.

### **Position 9: Der Staat muss gemeinnützige Anbieter unterstützen.**

Damit zum Beispiel nachhaltige Wohnkonzepte realisiert werden können und nicht zukünftig Investoren den Pflegemarkt dominieren, sollte die Unterstützung freigemeinnütziger Anbieter realisiert werden. Diese stellen ein natürliches Gegengewicht zu privaten Pflegeanbietern dar, sind in der Regel aber durch begrenzte Liquidität limitiert und brauchen Unterstützung. Die KfW könnte beispielsweise ein Kreditprogramm für die Sanierung von gemeinnützigen stationären Pflegeeinrichtungen zu guten Konditionen anbieten.

### **Position 10: Bürokratiehürden müssen verringert werden.**

CityTax für Übernachtungen in Gästezimmern im Pflegeheim, Künstlersozialabgaben für Kulturangebote in Einrichtungen, GEMA-Gebühren, Vorgaben zur Schaffung von Vogelnistplätzen usw. sind alles nachvollziehbare Einzelthemen. Aber in der Summe eine riesengroße bürokratische und finanzielle Hürde für innovative Bauvorhaben. Der daraus resultierende Verwaltungsaufwand erschwert die ohnehin prekäre Situation in der Pflege und muss zum Beispiel in der Refinanzierung durch Pflegesätze zukünftig berücksichtigt werden. <<